

Thema: Unternehmenssteuern

Arbeitgeber, CDU/CSU und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) fordern Steuerentlastungen für die Wirtschaft. Die IG Metall will dagegen eine Steuerpolitik, die solidarisch, gerecht und transparent ist.

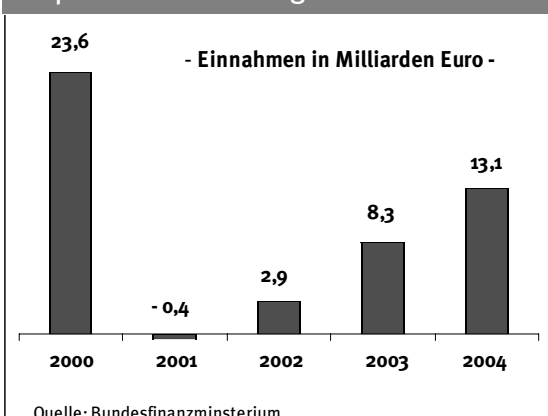
Warum die IG Metall eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern ablehnt:

- ▶ Die Unternehmenssteuern sind bereits auf einem Tiefstand.
- ▶ Schon jetzt sind Beschäftigte und Verbraucher die Zahlmeister der Nation.
- ▶ Höhere Nettogewinne haben die Unternehmen in den vergangenen Jahren kaum in neue Arbeitsplätze investiert. Eine weitere Steuersenkung nutzt nur den Kapitaleignern.
- ▶ Bund, Länder und Gemeinden brauchen die Einnahmen, um in Kindergärten, Schulen, Universitäten, Verkehrswege, Forschung und Umweltschutz investieren zu können.

Das fordert die IG Metall:

- ▶ Eine gerechte Verteilung der Steuerlast, die untere und mittlere Einkommen entlastet.
- ▶ Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Erbschaftssteuer für große Vermögen.
- ▶ Körperschaftssteuer von 30 Prozent auf einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne.
- ▶ Steuerschlupflöcher schließen, Steuerverlagerung ins Ausland begrenzen.
- ▶ Mindeststeuersätze in der Europäischen Union.

Körperschaftssteuer gesunken



Die Körperschaftssteuer war einst eine sprudelnde Steuerquelle. Doch nach der Unternehmenssteuerreform im Jahr 2000 war sie fast versiegt. Seitdem summieren sich die Mindereinnahmen des Fiskus auf über 70 Milliarden Euro. Der von der Senkung der Unternehmenssteuern versprochene Beschäftigungszuwachs blieb aus. Die Unternehmen nutzten die höheren Nettogewinne nicht, um in neue Arbeitsplätze zu investieren.

Steuerwettlauf gegen Arbeitsplätze

Trotz allen Propagandagetöses: So niedrig waren die Unternehmenssteuern in Deutschland noch nie. Auch im internationalen Vergleich zahlen deutsche Unternehmen zu wenig Steuern. Während die Arbeitgeber von einer Belastung von über 50 Prozent fabulieren und ein arbeitgeberfreundliches Institut fiktiv 36 Prozent errechnete, kommt die

EU-Kommission für deutsche Unternehmen auf effektiv 22,6 Prozent. Der Durchschnitt der 15 alten EU-Länder liegt bei 29,8 Prozent. Der Steuerexperte Professor Lorenz Jarass errechnete für deutsche Kapitalgesellschaften (AG's und GmbH's) 2003 eine reale Durchschnittsbelastung von nur noch zehn (1990: 21,1) Prozent.

Zum Vergleich: Löhne und Gehälter wurden 2003 mit fast 19 Prozent besteuert.

Glaubt man der Propaganda der Arbeitgeber, hätten nach der Steuersenkung im Jahr 2000 viele neue Arbeitsplätze entstehen müssen. Sind aber nicht. Obwohl die Gewinne kräftig stiegen und die Steuerzahlungen deutlich sanken, wurde nicht in neue Arbeitsplätze investiert. Im Gegenteil: Zwischen 2000 und 2004 waren die realen Investitionen der deutschen Unternehmen rückläufig.

Die Einnahmeverluste von Bund, Ländern und Gemeinden aufgrund von Steuersenkungen und Wegfalls der Vermögenssteuer erhöhten die Arbeitslosigkeit. Öffentliche Ausgaben wurden gekappt, Arbeitsplätze gingen verloren. Heute ist Deutschland bei den staatlichen Investitionen Schlusslicht in der Europäischen Union.

Die IG Metall lehnt deshalb eine weitere Steuerentlastung der Unternehmen ab. Der Staat braucht eine stabile Einnahmebasis für Investitionen.

Die Forderungen im Konzept "Solidarische Einfachsteuer" des Arbeitnehmerbegehrens sind:

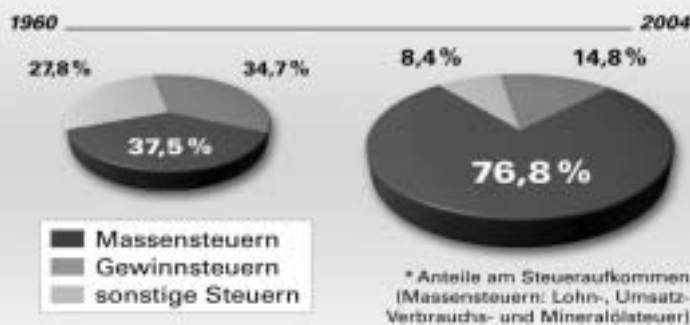
- Gerechtere Steuertarife und ein durchschaubares Steuersystem,
- Körperschaftsteuersatz von 30 Prozent auf einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne,
- Mindeststeuersätze in der EU, um Steuerdumping zu verhindern,
- Steuerschlupflöcher schließen,
- Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer begrenzen,
- Besteuerung großer Vermögen ab 500 000 Euro und stärkere Besteuerung von Erbschaften.

Wer bezahlt den Staat?

Lohnsteuer rauf, Gewinnsteuer runter

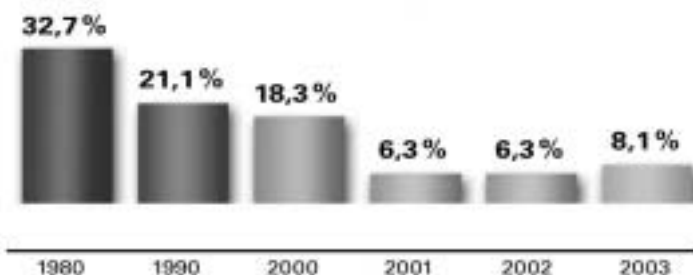


Gewinnsteuern mehr als halbiert*



Unternehmen fein raus

Durchschnittliche Steuerbelastung der AGs und GmbHs



Quelle: Statistisches Bundesamt, Schäfer/WBI, Jörres/Obermaier 2004